



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht DRK 2017

Auch im Jahre 2017 kam es wie in den Vorjahren zu Protesten gegen den kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila und seine Regierung. Kabilas zweite Amtszeit endete am 19. Dezember 2016, eine dritte Amtszeit ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Das Verfassungsgericht hatte im Mai 2016 aber geurteilt, dass Joseph Kabila solange Präsident bleiben würde, bis ein Nachfolger im Amt sei. Die nächsten Präsidentschaftswahlen sollen erst am 23. September 2018 stattfinden, bis dahin bleibt Kabila also an der Macht.

Seit 2015 wurden hunderte Menschen bei Protesten gegen diese Politik festgenommen. Unter den Festgenommenen befanden sich Menschenrechtsverteidiger, Angehörige und Unterstützer der Opposition und Journalisten. Viele von ihnen wurden wochen- oder monatelang in geheimen Haftzentren festgehalten, ohne dass Anklage erhoben oder Kontakt zu Familie und Rechtsbeistand ermöglicht wurde. Einige der Inhaftierten berichteten nach ihrer Freilassung von Folter und Misshandlungen und haftbedingten körperlichen Schäden.

Am 31. Juli 2017 wurden bei landesweiten Protesten gegen die weitere Verzögerung der Wahl 128 Personen festgenommen, darunter mehrere bekannte Menschenrechtsaktivisten. Vier von ihnen wurden anschließend zu achtmonatigen Haftstrafen verurteilt.

In der Region Kasai kam es 2017 zu offener Gewalt zwischen nichtstaatlichen Milizen und Regierungstruppen. Über eine Million Menschen sind vor der Gewalt auf der Flucht, zwischen 500 – 1000 Menschen wurden getötet. Entgegen der Ankündigung der kongolesischen Regierung hat es bisher keine ernsthaften Ermittlungen gegeben. Amnesty International appellierte an den UN-Menschenrechtsrat eine Ermittlungskommission oder einen ähnlichen Mechanismus einzusetzen.